

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Anzeigengebühr

die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

# Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppen.  
Sprach: 10–11 Uhr Vormittags und 3–4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.  
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.  
Geöffnet von Morgen 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

## Vom Reichstage.

28. Sitzung vom 8. Februar.

Abg. Kreitling (frs. Bp.) hat sein Mandat niedergelegt, weil seine Wahl in der Wahlprüfungs-kommission für ungültig erklärt worden ist.

Regelordnung: Fortsetzung der ersten Sitzung der Novelle zum Bankgesetz.

Abg. Schönlaak (Soz.) gebent in seinen Aufführungen der großen Aufgaben — Erhaltung der Währung und Zahlungsausgleich —, welche der Reichsbank gestellt seien. Die Bank habe diese Aufgaben durchaus korrekt gelöst. Die Angriffe gegen die Diskontopolitik der Reichsbank seien ebenso verfehlt, wie die agrarische Idee, durch Erhöhung des Grundkapitals der Bank einen niedrigeren Diskont zu erzwingen. Die Agrarier sprächen hier von einer Liebesgabepolitik zu Gunsten von Handel und Industrie. Wie könnten die Herren so reden, die doch selber die größten Liebesgabepfänger seien. Die Agrarier sollten doch ihre ostelbischen Arbeiter so hoch lohnen, daß sie nicht mehr als Sachsgänger fortzuwandern brauchten. (Rufe rechts: Geschieht auch!) Dann brauchten die Agrarier auch nicht mehr nach Kultus aus Polen und Italien zu schreien.

Abg. Payer (frs. Bp.) erklärt sich mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden mit dem Hinzufügen, er wolle sich hauptsächlich nur gegen diejenigen Bestimmungen wenden, welche sich gegen die privaten Zettelbanken richten. Der Gedanke, die neuen Anteilsscheine nicht den alten Aktionären zur Verfügung zu stellen, sondern sie auf dem Wege einer allgemeinen Substitution dem ganzen Publikum zugänglich zu machen, scheine ihm der Erwägung wert zu sein. Wie aber wolle man es rechtfertigen, den kleineren privaten Zettelbanken ihr Privileg zu kündigen, falls sie sich nicht verpflichten, in ihrem Diskont nicht unter den offiziellen Bankdiskont herunterzugehen? Wie komme man überhaupt auf den Gedanken eines solchen Abwandsdiskonts? Er, Redner, habe den Eindruck, als gehe man darauf aus, den kleinen Zettelbanken das Leben leicht überhaupt auszuholen. Er würde das sowohl rechtlich, wie politisch und moralisch für unzulässig halten, und er glaubte nicht, daß der Bundesrat von einer solchen Ermächtigung Gebrauch machen dürfe. Der Zwang, sich an den offiziellen Diskont zu halten, sei der Stütze für die kleinen Notenbanken. Ein blutiger Akt sei das nicht, es sei aber die sogenannte trockne Guillotine. Auch die politische Bedeutung dieser Angelegenheit sei keine geringe. Die Vorteile der Notenemission würden für Süddeutschland ganz verloren gehen, falls man die dortigen Interessen auf Berlin verweise.

Abg. Siemens (frs. Bp.) stellt sich als Interessent vor und bemerkt, daß große Kreise von Handel und Industrie unbedingt mit der Vorlage einverstanden seien und große Vorteile für sich darin erblicken. Die Differenz zwischen unserem und dem Diskont der Bank von Frankreich werde vom Abg. Camp übertrieben. Preußen habe ein Nationalvermögen von 95–100 Milliarden, pro Kopf 3600 M. bei durchschnittlich 500 M. Schulden. So sehe jeder Preuß aus. (Heiterkeit.) Demgegenüber habe jeder Franzose 6200 M. Der Besitz von ausländischen Wertpapieren für uns vom größten Werth zur Aufrechterhaltung unserer Währung, zumal für den Fall des Rückgangs unseres Exports, vielleicht infolge der „glänzenden“ Handelsverträge, die ja wohl in Aussicht stehen. Redner vertheidigt weiter die vom Abg. Payer angefochtene Bestimmung bezüglich des Diskonts der privaten Zettelbanken. Über Allem, auch über die politischen Gesichtspunkten, stehe aber die Erhaltung der Währung. Eine übermäßige Vermehrung des Notenausgabebetrags sei nicht ratsam; denn die Zirkulationsmittel müßten überhaupt in einem angemessenen Verhältnis stehen zu dem vorhandenen Kapital. Redner plädiert weiter für Verlängerung des Vertrages mit der Reichsbank gleich auf 20 Jahre und für Annahme der Vorlage.

Abg. Müller-Hulba (Bentr.) tritt warm für die Vorlage ein, dabei der Verwaltung der Reichsbank rücksichtlos Anerkennung spendend.

Präsident der Reichsbank steht auch dankt allen heutigen Rednern für die den Leistungen der Reichsbank gespendete Anerkennung. Sodann betont er ausdrücklich, daß die Absicht ganz fern liege, die Privatzettelbanken zu beseitigen.

Abg. Heiligenstadt (nll.), zweiter Direktor der Centralgenossenschaftskasse, tritt im Prinzip für die Vorlage ein, wünscht aber Erhöhung des Grundkapitals gleich um 80 Millionen. Auch halte er die Kontingentierung der steuerfreien Notenausgabe für einen unnötigen Ballast.

Abg. Schreyer (konf.) wendet sich gegen die Darlegungen des Abg. Siemens.

Heraus verkündet sich das Haus auf Freitag. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung und Interpellation Kaniz.

## Deutsches Reich.

Neben zahlreichen deutschen Fürsten hat auch der Kaiser von Österreich an den Neffen des verstorbenen Grafen Caprivi ein Beileidstelegramm gerichtet: „Aufrechtigst bestünde über das Hinscheiden des Generals der Infanterie Grafen Caprivi, in welchem Seine Majestät Kaiser Wilhelm einen in Krieg und

Frieden bewährten Soldaten und einen seinem Herrscher treu ergebenen Patrioten betraut, spreche ich Ihnen meine Theilnahme aus. — Kaiserin Friedrich hat an General v. Müller folgendes Beileidstelegramm gesandt: Ich nehme aufrichtigen Anteil an dem unerwarteten Hinscheiden Ihres Onkels, des Generals der Infanterie Grafen v. Caprivi, dessen segenbringendes Wirken sich auf alle Seiten einem ehrenvollen Denkstein in der ruhmreichen Geschichte unseres Volkes erworben hat, und bitte Sie, den beifolgenden Krantz als Zeichen meiner Theilnahme auf das Grab des Enschlosseren zu legen, den wir so tief betrauen.“

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet am 21. Februar statt.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages hat sich nunmehr konstituiert. Der Vorstand besteht aus folgenden fünf Mitgliedern: Reitich (konf.), von Karzdorff (Reichsp.), Graf Orla (nll.), von Lübeck (Reichsp.), v. Wangenheim (Bund der Landw.) Als Stellvertreter sind von Freye (konf.), Camp (Reichep.), Paasche (nll.), Ehlinger (b. f. F.), Rösler (Bund d. Landw.) gewählt worden. Zum Vorsitzenden ist Reitich, zum Stellvertreter Graf Orla gewählt.

Ostpreußische Blätter melden, daß die Ernennung des Polizeipräsidenten Dr. Bierkko in Breslau zum Regierungspräsidenten in Königberg, an Stelle des Herrn v. Dieschowitz, der in gleicher Amtststellung nach Aachen versetzt wird, unmittelbar bevorstehe.

Dem deutschen Handelstage ist auch die Potsdamer Handelskammer beigetreten. Der deutsche Handelstag vereinigt nunmehr sämtliche Handels- und Gewerbezammern mit Ausnahme der Handelskammer zu Swinemünde und der Gewerbezammer zu Weimar.

Eine Interpellation Barth, betr. die Ausweisungen aus Nordhessen, wird noch im Laufe dieser Woche dem Reichstage zugehen. Die Erkrankung des Abgeordneten Johannsen verursachte einen Aufschub.

Die bayrischen Sozialdemokraten beanspruchen im Landtag einen Antrag einzubringen, der die Erhebung der Minister anklage fordert auf Grund des Verhaltens des Ministeriums in der Frage des obersten Militägerichtshofes.

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den sozialdemokratischen Privatdozenten Dr. Arons wird in der „Nordd. Allg. Blg.“ formell angekündigt: „Die einleitenden Schritte, welche das Disziplinarverfahren gefällig ersfordert, sind schon längst erfolgt, und so wird die Frage, ob die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei mit der Stellung eines Universitätslehrers vereinbar sei, in der durch das gezwölfte Verfahren gegebenen Zeit ihren endgültigen Abschluß finden.“ — Hierauf richtet sich also das Disziplinarverfahren nicht gegen bestimmte Neuerungen, sondern geht von der Vorauseitung aus, daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei schon an sich mit der Stellung eines Universitätslehrers unvereinbar ist.

Nach der preußischen bzw. deutschen Reichs-Postzeitungsliste betrug die Gesamtzahl der Zeitungen im Jahre 1823: 474, 1863: 2763, 1873: 5579, 1883: 8529, 1893: 10496 und 1898: 12104. Im Reichs-Postgebiet ist die Zahl der Zeitungen seit dem Jahre 1871 von 2751 auf 5713 im Jahre 1897 gestiegen. In derselben Zeit hat sich die Zahl der postseitig vertriebenen Zeitungsexemplare von  $1\frac{1}{2}$  auf rund  $3\frac{1}{2}$  Millionen und die Zahl der gebührenpflichtigen Zeitungsnummern sogar von  $2024\frac{1}{2}$  auf 937 Millionen jährlich erhöht. Während hiernach im Jahre 1871 auf ein Exemplar durchschnittlich 169 Nummern entfielen, belief sich deren Zahl im Jahre 1897 auf 269.

Seltsame Finanzoperationen des Herrn von Miquel werden, wie die „Freie. Blg.“ schreibt, jetzt bekannt. Im Mai

vorigen Jahres ist dem engen Preußenkonsortium eine 3prozentige Anleihe von 34 Millionen Mark zum Kurse von 96 gezogen worden. Auf dieser Anleihe ist das Konsortium sitzen geblieben, da der Kurs der 3prozentigen Papiere stetig, zuletzt bis auf 93 gefallen ist. Herr von Miquel hat dann zu diesem Kurs von dem Konsortium die Obligationen zurückgenommen und dem Konsortium die Valuta in  $3\frac{1}{2}$  prozentigen Konsole unter Abrechnung des Tageskurses gezahlt. Letztere Operation ist vorgenommen worden, um bei Begebung der neuen 200 Millionen Anleihe in 3prozentigen Papieren den Markt von den noch restierenden 34 Millionen 3prozentigen Papieren zu entlasten. Das Preußenkonsortium hat bei dem Geschäft über eine Million Mark eingebüßt und ist nun um so verdrießlicher darüber, daß die neue gewinnversprechende Millionanleihe nicht dem Konsortium, sondern nur der deutschen Bank allein begeben worden ist. — Die Operation der Umwandlung von 3prozentigen Obligationen in  $3\frac{1}{2}$  prozentige erläutert sich ja, so fügt die „Freie. Blg.“ hinzu, aus der Lage des Geldmarktes. Sehr fraglich erscheint es uns aber, ob es gesetzlich zulässig ist, daß der Finanzminister eine einmal begebene Anleihe zurückkauft und dann in anderer Form wieder auf neu begebt. Die neue Operation kann vorgenommen sein ohne Mitwirkung der Staatschuldenverwaltung. Was sagt dann die Staatschuldenkommission dazu?

Einer Meldung aus Urambo (Unjambesi) zufolge ist der rebellische Häuptling Katuga, welcher dort schon öfter Unruhen anfachtete und auf zwei Missionare einen mißglückten Mordversuch unternommen hatte, von der Schutztruppe gefangen genommen worden.

## Ausland.

### Frankreich.

Der Revisionsausschuß hatte sich am Mittwoch zum zweiten Male versammelt, um den Bericht des Berichterstatters Morliere entgegenzunehmen. Der Berichterstatter hat von den Mitgliedern des Ausschusses den Auftrag erhalten, der Kammer zu erklären, der Revisionsausschuß sei einstimmig der Ansicht, daß eine Untersuchung gegen verschiedene Mitglieder der Kriminalkammer in keiner Weise die Maßregeln rechtfertigen würde, womit der Kriminalkammer das Revisionsverfahren entzogen werden soll. Besonders die beiden Mitglieder des Ausschusses, welche für den Gesetzentwurf der Regierung gestimmt hatten, hielten darauf, daß der Berichterstatter die Aufmerksamkeit der Kammer auf diese Übereinstimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses lenke. Denn dadurch werde bewiesen, daß die beiden Mitglieder dem Gesetzentwurf der Regierung nicht etwa zugesagt, um ihr Missbrauch einzelnen Mitgliedern des Kassationshofes auszutragen, sondern nur deshalb, um der jetzigen Lage ein Ende zu machen. Sie erklären, daß die Mitglieder der Kriminalkammer zum vollen Vertrauen des Landes berechtigt seien.

Die nationalistiche Blätter drücken die Furchtung aus, die Kriminalkammer werde den Parlamentsverhandlungen über das Revisionsgesetz zuvorkommen und in der Angelegenheit Dreyfus ein endgültiges Urteil fällen.

Aus Cayenne wird gemeldet: Der nach hier berufene Avisobampfer „Geoffroy“ ist zur Abschaffung bereit. Man vermutet, daß Dreyfus sich mit demselben nach Frankreich einschiffen wird. — Die Post- und Telegraphenverwaltung weigert sich, offizielle Depeschen nach Frankreich abgeben zu lassen.

Der angebliche Spion Boisson, als dessen Name früher irrtümlich Bertrand angegeben worden war, hat der „Post. Blg.“ nichts ausgeliefert, sondern nur wertloses Zeug, darunter Gewehrapronen, angeboten, jedoch bei den betreffenden fremden Regierungsagenten keine Gegenliebe gefunden.

### Spanien.

Die Beförderung der spanischen Truppen von Kuba nach der Heimat ist beendet. In

New-Yorker Finanzkreisen heißt es, die 20 Millionen Dollars, welche die Vereinigten Staaten an Spanien zu zahlen haben, würden vom Schatzamt direkt abgesondert werden.

### Bulgarien.

Die Leichenfeier für die Fürstin Marie Louise von Bulgarien hat am Mittwoch stattgefunden. Der Zug setzte sich unter Kanonenschüssen und Glockengeläute in Bewegung. Dem Leichenzug folgten zu Fuß Fürst Ferdinand, Erzherzog Leopold Salvator von Österreich, König Milan von Serbien, Herzog Siegfried in Bayern sowie Vertreter Russlands, Rumäniens, der Türkei und des Herzogs von Parma. In der katholischen Kirche wurde die Leiche durch den Erzbischof Menini eingehegt; am Donnerstag wird sie nach Philippopol überführt.

### Philippinen.

Der Führer der Filipinos, Aguinaldo, hat, wie schon kurz gemeldet, jetzt eine Proklamation veröffentlicht, in welcher er den Amerikanern formell den Krieg erklärt.

Nach einer Depesche des Generals Otis sind die um Manila konzentrierten Truppen der Aufständischen über 20000 Mann stark, mit Gewehren neuesten Modells bewaffnet und auch im Bataillen einiger Schreckschüsse. Die Amerikaner erbeuteten am Sonntag zwei Feldgeschütze und eine große Anzahl Gewehre. Die Verluste der Amerikaner bilden sich wahrscheinlich auf insgesamt 250 Mann. Nach einem nicht unbedeutenden Scharmützel nahmen am Montag die Amerikaner die 6 Meilen von Manila liegende Pumpstation und die Wasserwerke; die Pumpen waren beschädigt, werden aber binnen einer Woche wieder betriebsfähig sein.

Das Kabinett in Washington hat beschlossen, den Aufständischen mit Nachdruck entgegen zu treten, da ehe ein dauernder Friede sowie Leben und Eigentum sichergestellt werden können, erst die Aufständischen gezwungen werden müssen, die Waffen niederzulegen. Man erwarte, daß General Otis zusammen mit Admiral Dewey unverzüglich vorstoßen wird, um den Insurgenten keine Gelegenheit zu geben, die Verluste vom vorigen Sonntag wieder einzubringen.

### Provinzielles.

Culm, 7. Februar. Herr von Haalen Kaldus hat seine 150 Hektar große Besitzung an Herrn Nasiedl-Breslau für 150000 M. verkauft. Zu der Besitzung gehört auch der durch seine vorgeschichtlichen Gräberfelder allgemein bekannte Lorenzberg.

Culmer Höhe, 7. Februar. Der Besitzer Strobel-Zalzweo fand beim Brunnengraben mehrere Stücke des Bernsteins, darunter ein Stück von mehreren Pfunden. Herr Strobel verkaufte das größte Stück an einen Kaufmann in Culm für 75 M.

Strasburg, 6. Februar. Gestern Nacht brannte das alte Chausseehaus in Brody-Damm ab, wobei ein Arbeiter, welcher dasselbe bewohnte, mitverbrennte.

Danzig, 8. Februar. Die Mitteilung, daß für die Öffnung des Freihafenbezirks Danzig der 15. März in Aussicht genommen sei, erwies sich als verfrüht.

Der Termin der Öffnung ist zwar noch nicht fest bestimmt, aber vor Ostern wird sie sicher nicht erfolgen.

Elbing, 8. Februar. An das hiesige Gymnasium ist Herr Oberlehrer Dr. Zimmermann-Marienburg vom 1. April ab versetzt, während Herr Professor Dr. Kirstein von hier an das Gymnasium in Marienburg zurückversetzt worden ist.

Altenstein, 8. Februar. Am 31. Oktober v. J. hat der Organist Feliz Nowowieski einen von ihm komponierten Militärmarsch, betitelt „Die Waffen nieder“, dem Baron Nikolaus II. gewidmet und die Original-Orchesterpartitur für russische Militärmusik dem Baron eingereicht. Am 7. Februar ist nun Herr Nowowieski ein Schreiber des Landratsamts zugegangen, wonach von dem Zivilkabinet des Barons dem Komponisten der Name des Kaisers Nikolaus II. ausgesprochen wird. Nowowieski ist 22 Jahre alt.

Lasdehnen, 6. Februar. Im Dorfe S. starb dieser Tage eine Frau, welche nach den Kirchenbüchern im Jahre 1794 geboren war. Mindestens hat sie ein Alter von 105 Jahren erreicht. Bis an ihr Lebensende war die Frau außergewöhnlich stark.

Bromberg, 8. Februar. Wie das „Post. Tagebl.“ meldet, wird die Bahn Posen-Bromberg über Gliwice, Myslowitz - Göslin, Schöllk und Wongrowitz also nicht über Janowitz geführt werden. Mit dem Bau wird schon im kommenden Herbst begonnen werden.

Inowrazlaw, 8. Februar. Am heutigen Tage weilt der Oberpräsident von Posen in unserer Stadt und stattete dem Landratsamt, dem Magistrat, den Volksschulen, der Knaben-Mittelschule, der landwirth-

schaflichen und der Kochschule seinen Besuch ab. In jeder Schule hörte der Oberpräsident in einzelnen Klassen den Unterricht zu. Am Nachmittage beteiligte sich der hohe Guest an der Sitzung des landwirtschaftlichen Kreisvereins.

## Neben die Eisenbahnbauten im Jahre

1. Oktober 1897/1898

ist dem Abgeordnetenhause vom Eisenbahnministerium ein eingehender Bericht zugegangen, dem wir folgende Daten entnehmen:

Die Anlage eines zweiten Gleises auf der Eisenbahnlinie Posen-Thorn kostete 6 089 907,30 Mk. Die Kosten wurden von dem Reich und Preußen gemeinsam getragen. Von dem preußischen Anteil von 2 520 000 Mk. waren bis Ende September 1898 ausgezogen 2 435 962,92 Mk., sodass ein Bestand von 84 037,08 Mk. verblieb. Das Gleis ist im Betriebe. Der noch rückständige Umbau des Bahnhofes Inowrazlaw ist bis auf einzelne Anlagen beendet; seine Vollendung kann erst im Laufe des nächsten Jahres erfolgen. Der Bestand des Baufonds wird nicht ganz zur Verwendung gelangen.

Bau der Eisenbahn von Forbon mit südlicher Umgehung des Culmesees nach Schönsee: Einschließlich des reichsweitigen Anteils betragen die Ausgaben bisher 12 731 947,68 Mk. Preußen hatte für den Bahnbau bereit gestellt 12 347 000 Mk. Davon sind bisher verbaut 8 612 058,71 Mk., sodass ein Bestand von 5 734 941,29 Mk. verbleibt. Der Grunderwerb ist noch nicht vollständig geregelt, insbesondere schwelt noch ein umfangreicher Prozess. Die zur Vollendung des Baues auf den Bahnhöfen und der Strecke erforderlichen Arbeiten sind auch im Berichtsjahr thunlichst gefördert worden, ein Theil derselben ist aber noch in der Vorbereitung begriffen. Die Mittel werden voraussichtlich nicht voll erforderlich sein.

Zweites Gleis Thorn (Katharinenflur). Korschen: Bis her verbaut einschließlich des Reichsanteils 8 556 006,74 Mark. Preußen hat bewilligt 4 816 320 Mark und hat davon noch im Vorjahr 1 393 917,30 Mk. Das Gleis ist im Betriebe. Zur Zeit sind noch Gleisänderungen auf dem Hauptbahnhof Thorn in der Ausführung begriffen. Die Mittel sind ausreichend.

Bau einer Eisenbahn von Schöna nach Strasburg, Bauosten 3 555 000 Mk., bisher verbaut 186 027,01 Mk. — Bau einer Eisenbahn von Culm nach Unislaw, Bauosten 1 330 000 Mk. Bei diesen Bahnen sind die ausführlichen Vorbereitungen nahezu beendet. Mit dem Bau wird im Frühjahr 1899 begonnen werden können.

## Lokales.

Thorn, den 9. Februar.

— Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten: Versammlung Mittwoch, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind Oberbürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Stachowicz, Syndikus Kelch, Stadtbaurath Schulze, Stadtcathe Borkowski, Kriew sowie 27 Stadtverordnete. — Nach Eröffnung der Sitzung nimmt Oberbürgermeister Dr. Kohli zunächst die Einführung des neu gewählten Stadtv. Rechtsanwalt Aronsohn vor. In seiner Ansprache hebt Dr. Kohli hervor, dass gegen die Wahl zwar ein Protest und nach Giltigerklärung derselben durch die Stadtverordneten-Versammlung noch eine Klage erhoben worden sei, dass dies aber keine ausschließende Wirkung habe und daher die Einführung schon jetzt erfolge. Herr Aronsohn sei zwar in der Versammlung ein homo novus, aber kein Neuling auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung. Hierauf erfolgte die Verpflichtung durch Handschlag. Stadtverordnetenvorsteher Professor Voethke begrüßte das neue Mitglied namens der Versammlung und sprach die Hoffnung aus, dass es in vollem Maße seine Kräfte und Kenntnisse in den Dienst der Stadt stellen werde und dass die Zeit seiner Tätigkeit nicht zu kurz sein möge. — Für den Finanzausschuss referiert dann Stadtv. Adolph: Als Mitglieder des Steuerausschusses für die drei Rechnungsjahre 1899/1900, 1900/01 und 1901/02 werden die bisherigen Mitglieder — Stadtv. Cohn, Dorau, Hartmann, Preuss, Ritterweger, Uebritz, Goewe, sowie Holzsiedlert Loewenson — wiedergewählt. — Von den Protokollen über die monatlichen Revisionen der Kämmereihauptkasse und der Kasse Gas- und Wasserwerke wird Kenntnis genommen. — Die Rechnung der Krankenhauskasse pro 1. April 1897/98 schließt ab in Einnahme mit 50 422 Mk. Ausgabe 47 410 Mk. — Der Haushaltplan für das Wilhelm-August-Stift (Siechenhaus) pro 1. April 1899/1900 wird in Einnahme und Ausgabe auf 9340 Mk. (9220 Mk. im Vorjahr) festgesetzt, der Zuschuss von der Kämmereikasse auf 7950 Mk. (8080 Mk. im Vorjahr.) — Der Haushaltplan für das Krankenhaus pro 1899/1900 wird in Einnahme und Ausgabe auf 45 250 Mk. (45 350 Mark im Vorjahr) festgesetzt. Bei den Ausgaben sind für die Unterhaltung der Kranken einige

hundert Mark weniger vorgesehen, dagegen 400 Mark für den Röntgenapparat. Der Zuschuss aus der Kämmereikasse wurde auf 9900 Mk. (10 100 Mk. i. V.) festgesetzt. — Der Haushaltplan der Wasserleitung pro 1899/1900 wird in Einnahme und Ausgabe auf 122 860 Mk. (121 430 Mk. i. V.) festgesetzt. Der an die Kanalisationskasse abzuführende Überschuss beträgt wie im Vorjahr 20 800 Mk. Der zu vereinnahmende Wassergewinn ist auf 80 000 Mk. (70 000 Mk. i. V.), der von der Stadtgemeinde für verbrauchtes Wasser zu zahlende Betrag auf 15 000 Mark (25 000 Mk. i. V.) veranschlagt. Der Haushaltplan der Kanalisation für das neue Jahr schließt mit 99 130 Mk. (101 790 Mk. i. V.) in Einnahme und Ausgabe ab. Bei den Gehältern und Löhnen sind etwa 1400 Mk., bei den Betriebskosten etwa 2300 Mk. gespart worden. An Kanalabgaben sollen 76 Prozent der Gebäudesteuer erhoben werden; der Posten ist mit 63 000 Mk. (61 000 Mk. i. V.) eingestellt worden. Die von der Stadt zu zahlende Vergütung für Aufführung der Regen- und Schmutzwässer ist von 19 000 Mk. im Vorjahr auf 13 600 Mk. herabgesetzt worden. Durch diese Ersparung von 5400 Mk. und die Minderausgabe von 10 000 Mk. bei den Ausgaben für verbrauchtes Wasser stellen sich beide Haushaltspläne für die Stadt um etwa 16 000 Mk. günstiger. — Für den Verwaltungsausschuss berichtet Stadtv. Korbes: Magistrat legt eine Wirthaxe des städtischen Grundbesitzes vor, wie sie durch einen früheren Versammlungsbeschluss verlangt worden ist. Nach längerer Debatte wird ein Antrag Cohn angenommen, das Schriftstück zu vervielfältigen und den Mitgliedern der Versammlung zuzustellen. — Für die Einrichtung einer Schifferschule in Thorn werden 300 Mk. bewilligt. — Der Vorgebung der Kämmereistellmacherarbeiten für das Etatjahr 1899/1900 an den Stellmachermeister Pawlik gegen ein Abgebot von 18 Pg. wird zugestimmt. — Die Anstellung des Schornsteinfegers Albert Lemke als städtischer Spritzenmeister wird zur Kenntnis genommen. — Der Vermietung des östlichen, in der Nähe des inneren Culmer Thores stehenden Thurmtes an den Kaufmann Nütz auf weiter drei Jahre vom 1. April 1899 ab für den Preis von 75 Mk. jährlich wird zugestimmt. — Ebenso wird der weiteren Vermietung des Rathausgewölbes Nr. 13/14 an den Kaufmann Gerion für 825 Mk. jährlich zugestimmt. — Zu Tit. IV Pos. 1a des Schuleats „Zur Unterhaltung des Gebäudes der Höheren und Bürgermädchenkasse“ werden 46,47 Mk. bewilligt. — Zur Anlegung der Straßen beim neuen Amtsgerichtsgebäude sind für Pflasterungsarbeiten, Anlegung der Gasleitung, Wasserleitung und Kanalisation 21 385 Mk. erforderlich. Nach einem zwischen dem Magistrat und dem Justizfiskus getroffenen Abkommen sollen davon 15 145 Mk. von der Stadt übernommen werden, während der Justizfiskus 6240 Mk. zu tragen hat. Auf eine Aufgabe des Stadtv. Wolff, ob die Stadt bereits die Verpflichtung zur Anlegung dieser neuen Straßen und damit die großen Kosten übernommen habe, entgegnet Syndikus Kelch, dass in dem ursprünglichen Vertrage mit dem Justizfiskus diese Frage nicht vorgesehen worden war. Als man an denselben später mit der Anforderung herantrat, die Kosten der Strafanlage wie andere Grundbesitzer zu tragen, sei dagegen Widerspruch erhoben und allerhand Einwände gemacht worden. Die Justizverwaltung sei sogar soweit gegangen, zu behaupten, dass man ihr seitens der Stadt verheimlicht habe, dass das Terrain, auf welchem sie gebaut hat, ein ehemaliger Graben war; dadurch seien ihr bei der Fundamentierung erheblich größere Kosten erwachsen. Schließlich habe man sich aber mit der Justizverwaltung dahin geeinigt, dass die Stadt und der Justizfiskus die Kosten der Straße vor der Front des Amtsgerichtsgebäudes zur Hälfte tragen, da der Platz gegenüber nicht für Gebäude, sondern für gärtnerische Anlagen verwendet werden soll. Die Kosten der Herstellung der Verbindungsstraße zwischen der jetzigen und der neuen Grabenstraße soll die Stadt allein tragen. Doch soll vorläufig dort nur ein Promenadenweg angelegt werden. Außerdem soll die Stadt auf ihre Kosten eine Zufahrt von der Wallstraße herstellen. Die Arbeiten sollen bis zum 1. Oktober er. ausgeführt sein. Stadtv. Wolff fragt, ob das Abkommen der Stadt mit dem Justizfiskus der Versammlung bereits zur Genehmigung vorgelegen habe, worauf Syndikus Kelch entgegnet, dass dies gerade der Zweck der heutigen Vorlage sei. Die Justizverwaltung halte sich nicht für verpflichtet, mehr zu zahlen, als der Magistrat mit ihr vereinbart habe, und stützt sich dabei auf einen Paragraphen des Ortsstatuts, nach welchem sie nur bei Anlegung neuer Straßen mehr herangezogen werden könne, während es sich hier nach ihrer Behauptung um den Ausbau bestehender Straßen handle. Zur Beilegung dieses Rechtsstreites habe sich der Magistrat mit dem vorliegenden Vergleich einverstanden erklärt. Stadtv. Wolff stellt nunmehr den Antrag, die Angelegenheit zu ver-

tagen und die Vorlage dem Ausschuss zu nochmaliger Beratung zurückzugeben. Stadtv. Preuß schließt sich diesem Antrage an; die Stadt würde sich etwas vergeben, wenn sie nach dem bisherigen Auftreten des Justizfiskus ihm jetzt entgegenkommen wollte. Der Antrag Wolff wird sodann angenommen. — Der Vertrag mit dem Fuhrhalter Gude über die Gestellung von Fuhrwerken für Militärtransporte wird auf weitere drei Jahre vom 1. April d. J. ab verlängert. — Die Erhöhung des Zuschusses an den Kleinkinderbewahverein von 240 auf 480 Mk. jährlich vom 1. April d. J. ab wird genehmigt. — Für die Ausführung von Pflasterarbeiten an der Uferbahn verlangt eine Magistratsvorlage 7200 Mk. Der Ausschuss war der Ansicht, dass bei dem Schankhaus und bei dem Nebenweg am Brückentor ebenfalls Pflasterungen nötig seien und schlägt vor, hierfür weitere 800 Mk. im Ganzen also 8000 Mk. zu bewilligen. Nachdem von verschiedenen Seiten, auch vom Magistrat, dass aus dieser Bewilligung als wünschenswerth bezeichnet worden und Stadtv. Leutke darauf hingewiesen, dass bei den heutigen Zuständen leicht Unglücksfälle vorkommen könnten, werden die 8000 Mk. bewilligt. — Die Erhöhung der Etatposition Tit. IV Pos. 1 der Artusstiftskasse „zur baulichen Unterhaltung des Artusstiftes“ um 150 Mk. wird genehmigt. — Der Vermietung des Holzlagerplatzes am Schankhaus III an den Gütersitzer Czerni aus Dorf Virglau vom 1. April 1899 bis dahin 1900 für 81 Mk. wird zugestimmt. — Der Vertrag mit dem Uhrmacher Leopold Kunz über das Aufziehen der städtischen Uhren und das Instandhalten derselben für den Preis von 450 Mk. jährlich wird auf weitere 5 Jahre verlängert. — Der Haushaltplan des Artusstifts pro 1899/1900 wird in Einnahme und Ausgabe wie im Vorjahr auf 27 260 Mk. festgesetzt. Der Zuschuss von der Kämmereikasse beträgt wieder 7280 Mk. — Die Berufung des Lehrers Kerber von der 2. Gemeindeschule an die höhere Mädchenkasse wird zur Kenntnis genommen. Stadtv. Sieg fragt dabei, wie es nun mit der ordentlichen Erteilung des katholischen Religionsunterrichts an der höheren Mädchenkasse gehalten werden soll. Man werde jetzt nach der Berufung eines evangelischen Lehrers an Stelle eines katholischen durch eine andere Kraft den Religionsunterricht erhalten lassen müssen, was den städtischen Stat unnothia belasten werde. — Oberbürgermeister Dr. Kohli: Bereits jetzt ertheilt der Divisionspfarrer Bielarski in den höheren Klassen der Anstalt den katholischen Religionsunterricht gegen eine entsprechende Vergütung. Seiner Ansicht nach wäre es gewiss wünschenswerth gewesen, wieder einen katholischen Lehrer anzustellen. Er könne aber über die Gründe, welche den Magistrat veranlassten, dies nicht zu thun, keine Auskunft geben, da die Aufführung durch Stimmentz erfolgt sei. Uebertens habe auch Herr Direktor Maydorn versichert, dass es auch bei der Wahl eines evangelischen Lehrers nicht schwer sein würde, für die ordnungsmäßige Erteilung des katholischen Religionsunterrichts zu sorgen. Stadtverordneter Sieg: Zur Zeit werde in den unteren Klassen der höheren Mädchenkasse der katholische Religionsunterricht nicht ordnungsmäßig ertheilt. Wenn an Stelle des evangelischen ein katholischer Mittelschullehrer angestellt würde, könnte dieser den katholischen Religionsunterricht in der ganzen Anstalt erhalten, wodurch eine Ersparnis erzielt würde, während jetzt eine Erhöhung des Staatswahrscheinlichkeit sei. Oberbürgermeister Dr. Kohli gibt zu, dass der Stat um etwa 320 Mk. erhöht werden würde. Stadtv. Sieg betont, dass es sich für ihn in seinem Vorgehen nicht um die Person des Herrn Kerber, sondern um das Prinzip handle. Der fünfte Theil der Schülerinnen der Anstalt sei katholisch, und das sei wohl angemessen, wenn unter fünfzehn Lehrkräfte eine katholische sei. Er stelle den Antrag, die Vorlage dem Magistrat zu nochmaliger Erwägung zurückzugeben. Oberbürgermeister Dr. Kohli hebt wiederholt hervor, dass sich Herr Direktor Maydorn für die ordnungsmäßige Erteilung des katholischen Religionsunterrichts auch bei Anstellung eines evangelischen Lehrers verbürgt habe. Stadtverordneter Waldeck legt Verwahrung dagegen ein, dass katholischen Kindern von einem evangelischen Lehrer Religionsunterricht ertheilt werden sollte. Nachdem er über seinen Irrthum aufgeklärt worden, schließt er sich dem Antrage des Stadtv. Sieg an. Derselbe wird dann gegen 8 Stimmen abgelehnt. — Die Berufung des Lehrers Bäbold aus Domau an die Knabenmittelschule wird zur Kenntnis genommen. — Der Haushaltplan der Stadtschulen kasse pro 1. April 1899/1900 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 286 265 Mk. (270 372 Mk. i. V.) ab. Die Ausgaben betragen für Pensionen 13 587,70 Mk. (10 904,67 Mk. i. V.). Bei der Knabenmittelschule betragen die Ausgaben 63 781,95 Mk. (62 419,69 Mk. i. V.), darunter 52 667,50 Mk. (52 555 Mk. i. V.) für Besoldungen. Die Einnahmen an Schul- und Einschreibegeld betragen bei dieser Schule 28 949 Mk. (27 610 Mk. i. V.), der Zuschuss aus der Kämmereikasse beträgt 33 502,62 Mk. (32 769,69 Mk. i. V.). Die höhere- und Bürgermädchenkasse haben gemeinsame Kosten 13 980,38 Mk. (16 539,62 Mk. i. V.). Bei der höheren Mädchenkasse betragen die Ausgaben für Besoldungen 37 750 Mk. (37 080 Mk. i. V.), bei der Bürgermädchenkasse 25 974 Mk. (23 597 Mk. i. V.). Die Summe sämtlicher Ausgaben bei beiden Schulen beträgt 82 292 Mk. (80 360 Mk. i. V.). Die Einnahmen an Schul- und Einschreibegeld betragen bei der höheren Mädchenkasse 31 044 Mk. (26 886 Mk. i. V.), bei der Bürgermädchenkasse 13 946 Mk. (13 036 Mk. i. V.). Die Zuschüsse aus der Kämmereikasse betragen für beide Schulen zusammen 37 125,88 Mk. (40 216,64 Mk. i. V.). Bei den Gemeindeschulen betragen die Ausgaben bei der I. Gemeindeschule 34 630 Mk. (32 748 Mk. im Vorjahr), bei der II. Gemeindeschule 29 020 Mark (26 307 Mk. i. V.), bei der III. Gemeindeschule 44 110 Mk. (41 300 Mk. i. V.), bei der IV. Gemeindeschule 16 213 Mk. (13 717 Mk. i. V.). Davon betragen die Ausgaben für Besoldungen und Remunerationen bei der I. Gemeindeschule 23 651 Mk. (22 817,50 Mk. i. V.), bei der II. Gemeindeschule 21 957,50 Mk. (19 182,50 i. V.), bei der III. Gemeindeschule 30 150 Mk. (27 971 Mk. i. V.), bei der IV. Gemeindeschule 11 722 Mk. (10 078,50 Mk. i. V.). Die Zuschüsse aus der Kämmereikasse betragen bei der I. Gemeindeschule 28 150 Mk. (25 265 Mk. i. V.), bei der II. Gemeindeschule 23 265 Mk. (20 974 Mark im Vorjahr), bei der III. Gemeindeschule 32 363,75 Mk. (30 802,75 Mk. i. V.), bei der IV. Gemeindeschule 12 862 Mk. (11 019 Mk. i. V.). Der Haushaltplan der 4 Gemeindeschulen beträgt insgesamt 124 015 Mk. (114 072 Mark im Vorjahr), dazu kommt der Haushaltplan der drei gehobenen Schulen mit 162 250 Mk. (156 300 Mk. i. V.), das sind zusammen, wie oben erwähnt, 286 265 Mk. (270 372 Mk. i. V.). Der Zuschuss für die gehobenen und Gemeindeschulen beträgt zusammen 183 505,05 Mark (174 568,25 Mk. i. V.) davon werden bezahlt aus der Kämmereikasse 182 345,05 Mk. (173 408,25 Mk. i. V.) und von der Testament- und Almosenhaltung 1160 Mk., wie im Vorjahr. Zu dem Haushaltungsplan hat der Magistrat beschlossen, die für die Vertretung erforderlichen Lehrkräfte in Zukunft stundenweise zu bezahlen und zwar à 75 Pg. Auf eine Anfrage wird mitgeteilt, dass sich dies selbstverständlich nur auf nicht angestellte Lehrkräfte bezieht. Stadtv. Wolff fragt ferner unter Bezugnahme auf eine frühere Anregung der Versammlung, ob der Magistrat sich in den Nachbarstädten nach der Höhe des dortigen Schulgeldes erkundigt habe und ob für unsere Schulen die Erhöhung des Schulgeldes in Aussicht genommen sei. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Es habe sich herausgestellt, dass das Schulgeld in vielen Orten höher sei als in Thorn. Die Schuldeputation habe aber gebeten, zunächst noch von einer Erhöhung des Schulgelds abzusehen. Es würden jetzt Erhebungen über die Zahl der auswärtigen Schüler und über die Lage ihrer Eltern ange stellt. Die Konsultatur werde dann eine Ausschreibung machen und der Magistrat mit einer entsprechenden Vorlage an die Versammlung herantreten. Stadtv. Plehwe meint, die Stadt solle unter diesen Umständen nicht noch durch Annoncieren in auswärtigen Blättern auswärtige Schüler hierher zu ziehen suchen. Oberbürgermeister Dr. Kohli weist darauf hin, dass allein von der höheren Töchterschule 56 Schülerinnen von außerhalb seien, von denen sich 26 hier in Pension befinden. Das kommt doch der Bürgerschaft indirekt auch zu gute. Stadtv. Leutke ist ebenfalls für eine Heranziehung von auswärtigen Schülern, da dies auch für den Geschäfteverkehr von Nutzen sei. Nachdem noch Stadtv. Cohn gegen und Stadtv. Hartmann für die Heranziehung auswärtiger Schüler gesprochen, wird die Debatte geschlossen und der Schuletat gerechtfertigt. — In geheimer Sitzung wurde dann einem Magistratsantrage entsprechend die Genehmigung der Entlassung des Stadtbaurathes von der Versammlung ertheilt und die sofortige Neuanschreibung der Stadtbaurathstelle beschlossen. Das dafür auszuwendende Gehalt wurde um 1000 Mk. erhöht. Das Anfangsgehalt betrug bisher 4200 Mk. und stieg in dreimal 4 Jahren um je 300 Mk. auf 5100 Mk.; jetzt wird das Anfangsgehalt 5200 Mk. betragen und in dreimal 3 Jahren um je 300 Mk. auf 6100 Mk. steigen, so dass außer der Erhöhung um 1000 Mk. das Höchstgehalt bereits in 9 Jahren statt bisher in 12 Jahren erreicht wird. — Zwecks Vorbereitung des Punktes betreffend des Ausscheiden der Stadt Thorn aus dem bisherigen Kreisverbande waren gestern Vormittag etwa 20 Mitglieder des Kreistages im Artusstift versammelt. Es wurde der Wunsch laut, dass Thorn ohne Mockau aus dem gegenwärtigen Kreisverbande nicht entlassen werden möge. Dieser Wunsch fand wenig Genüge bei den städtischen Rievertretern. Die Meinungen darüber schienen uneinheitlich zu sein. Man darf gespannt sein, wie der Kreistagschluss morgen ausfallen wird.

Der Bezirksausschuss zu  
Marienwerder hält am 21. und 22.  
Februar Sitzungen ab.

Der Verband deutscher Kriegs-Veteranen hat an den Kaiser eine Eingabe gerichtet, in welcher es u. a. heißt: „Von Eurer Majestät Kriegsministerium aus an der Befehl, die dem Herre zugehörigen Personen vom Verbande deutscher Kriegsveteranen und seinen patriotischen Festen möglichst fern zu halten, von den Herren R. - Fortministern wurden gleichfalls entsprechende Anordnungen getroffen, die Mithrauen gegen uns verbreiten müssen. Die Behörde thut uns in den Bann und schließt uns Absichten zu, die wir niemals gehabt haben und nie hegen werden. Nie sind wir agitatorisch vorgegangen, wenn man unsere Petitionen nicht als Agitation betrachten will. Nie haben wir Unzufriedenheit in unsere Kreise getragen. Wir wissen keine Hilfe mehr für uns, als die, die uns an den Stufen des Thrones winkt. Wir flehen Eure Majestät an, die alten Soldaten, die für ihren Kaiser und ihr Vaterland bluteten und litten, nicht verlassen zu wollen, sondern vor dem Geschick zu bewahren, daß wir mit den Sozialdemokraten, den Feinden des Vaterlandes, auf eine Stufe gestellt und dadurch unverdientermaßen beschimpft und erniedrigt werden.“

Schnellzug Königsberg-Breslau. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig hat beschlossen, beim Minister der öffentlichen Arbeiten dahin vorstellig zu werden, daß die vom Bezirks-Eisenbahnrath für die Direktionsbezirke Bromberg, Danzig und Königsberg beauftragte Tages-schnellzugverbindung zwischen Breslau einerseits und Danzig-Königsberg andererseits bereits in den Sommersfahrplan für 1899 aufgenommen wird.

Eine Konferenz betreffs Errichtung einer westpr. Handwerkerkammer fand am Mittwoch auf dem Oberpräsidium in Danzig statt. An der Konferenz nahmen teil der Oberpräsidialrat Busch, die Dezernenten der Regierungspräsidenten von Danzig und Marienwerder, Vertreter des Handwerks aus Danzig und der Provinz sowie zwei Ministerialkommissare aus Berlin.

Vor Kurzem hat sich ein Verein der Förster, die bei den Dörfstereien Akenau, Wodek und Schirpitz angelagert sind, gebildet, dem sofort über 30 Königliche Förster beigetreten sind.

Mit der Ausbildung von Sanitätsunteroffizieren im Radfahren sollen in diesem Jahre Versuche gemacht werden mit Rücksicht darauf, daß der das Bataillon begleitende Arzt beritten gemacht und nur so im Stande ist, überall zu helfen; stets aber fehlte ihm der unabdinglich notwendige Begleiter mit der Arznei- und Verbandzeugtasche und lange Zeit mußte so mancher Marode, von dem bewachenden Gefreiten notdürftig verorgt, am Chausseerande liegen, ehe ihm die vom Arzt verordneten Mittel verabreicht werden konnten.

In der Handelskammer sitzung vom 7. d. Ms. wurde mitgetheilt, daß die Eingabe um staatszeitigen Ausbau einer Nebenbahn von Thorn nach Leibitz vom Minister der öffentlichen Arbeiten ablehnend beanwortet worden ist. Beichlossen wurde die Herstellung einer eingehenden Denkschrift über unsere Eisenbahnverhältnisse. Zum Vertreter der Kammer auf dem Handelsstag wurde der Vorstehende gewählt. Dem Prüfungsausschuss für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin wurden zur Untersuchung der Ausführbarkeit der Ostlinie 150 M. bewilligt. — Närerer Bericht folgt Morgen.

An Röhzucker sind für den Winter aus den umliegenden Zuckerfabriken Culmsee, Schönsee, Bierschowlawitz, Amsee 172 000 Zentner in Thorn und Röder unter zollamtlichem Ver schlus eingelagert worden. Diese Zuckermenge wird mit Eintritt der Schifffahrt auf der Weichsel zu Kahn oder Dampfer verladen, um nach Neufahrwasser verschiff zu werden, wozu gegen 60 Kähne oder Dampfer nothwendig sind.

Die Abtheilung Thorn der deutschen Kolonialgesellschaft hielt am Dienstag Abend ihre Jahresversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden, Herrn Gymnasial-Oberlehrer Enz erstatteten Jahresbericht entnehmen wir, daß sich der Verein im Jahre 1898 weiter entwickelt hat und zur Zeit 151 Mitglieder zählt. Die mit den Vortragssabten verbundenen Ausstellungen kolonialer Erzeugnisse ergaben 50 M. Ueberschuss. Zur Vorführung von Lichtbildern hat der Verein ein Skoptikon für 300 M. gekauft. Zur Gewinnung weiterer Mitglieder sollen demnächst Werbebriefe versandt werden. Nach der von dem Schatzmeister Herrn Hauptmann Malitz vorgetragenen Jahresrechnung für 1898 betrug die Einnahme 1687,61 M., Ausgabe 1574,41 M., so daß ein Bestand von 118,20 M. verbleibt. In den Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder Mitglieder wiedergewählt und für den von hier verzögerten Herrn Major Seydel Herrn Hauptmann Röhrling neu gewählt.

Göppingerische Münzsammlung. Voraußichtlich noch in dieser Woche wird Herr Professor Kirmis aus Neumünster in Holstein, welcher von der General-Verwaltung der königl. Museen zu Berlin als ein Spezialforscher auf dem Gebiete polnischer Münzen empfohlen worden ist, nach Thorn kommen, um im Auftrage des Coppernicus-Vereins die Göppingerische Münzsammlung zu begutachten.

Am Beiträgen zum Ankauf der Münzsammlung waren bisher eingegangen: 3073,00 Mark. Fernere Beiträge überstandene folgende Herren:

Gutsbesitzer Spinnagel-Sitno, Russisch-Polen	15,00
Berwaltungsgesellschafter Hoppe-Trier	10,00
Overlandesgerichtsrath Dr. Meissner-Posen	15,00
J. u. L.	100,00
Rector Bottig	5,00
Dekan Dr. Klunder	10,00
Kreisphysikus Dr. Finger	5,00
Maurermeister Konrad Schwarz	20,00
Kaufmann L. Hirschfeld	20,00
Justizrat Waiba	20,00
Oberbürgermeister Dr. Kohli	20,00
Professor Hirsch	5,00
H. L.	15,00
Bon J.	5,00
Mittelschullehrer Kowalski	5,00
Amtsgerichtsrath Jacobi	10,00
Zimmermeister Bruno Ulmer	20,00
Amtsgerichtsrath Lippmann	10,00
Zahlmeister Reuter	10,00
Kaufmann Muthsam-Wloclawek, Russisch-Polen	50,00
Kaiserlicher Bankdirektor Gnade	10,00

Summa 3453,00 Mark.

Über die elektrische Straßenbahn hört man beständige Klagen über Betriebsstörungen, besonders über unpünktliche Fahrzeiten. Nachdem nun über eine Woche seit der Eröffnung vergangen, müßte es doch möglich sein, trotz aller Störungen im Großen und Ganzen die Nachschub- bzw. An- und Abfahrzeiten pünktlich einzuhalten.

Schnurgericht. In der zweiten Sache hatte sich gestern der Arbeiter Marian Nowakowski aus Bielsko wegen wissenschaftlichen Meinides zu verantworten. Ihm stand Herr Rechtsanwalt Gotha als Verteidiger zur Seite. Der Anklage unterlag folgender Sachverhalt: Am 2. Februar 1897 erschien der Angeklagte und dessen Ehefrau in dem Geschäft der Gebrüder Bernhard und Julius Henschke in Neumarkt und bot letzteren einen Wechsel über 600 Mark zum Kause an. Der Wechsel trug den Namen des Angeklagten als Aussteller und Giranten und denjenigen der Witwe Karoline Nobaszewski als Akzeptantin. Die Witwe Nobaszewski ist eine Schwester des Angeklagten. Da den Gebrüder Henschke die Vermögensverhältnisse der Witwe Nobaszewski als gute bekannt waren und da ihnen auf ihre Frage von dem Angeklagten gesagt worden war, daß die Witwe Nobaszewski ihren Namen eigenhändig auf den Wechsel geschrieben habe, glaubten sie kein Risiko einzugehen, wenn sie den Wechsel anlieferten. Sie entschlossen sich denn auch zum Ankauf des Wechsels und zahlten dem Angeklagten 500 M. bar aus. Den Rest mit 100 M. verrechneten sie auf eine Schulds des Angeklagten. Nach Abschluß des Geschäfts legten sie die Witwe Nobaszewski von dem Erwerb des Wechsels in Kenntnis. Einige Zeit darauf erschien die Witwe Nobaszewski in dem Henschke'schen Geschäftslökle und erklärte, daß die Unterschrift unter dem Wechsel nicht von ihr herrühre und daß sie nicht wisse, wer ihren Namen auf den Wechsel gesetzt habe. Diese Mittheilung brachten die Gebrüder Henschke zur Kenntnis des Angeklagten und forderten ihn auf, sich zur Regelung dieser Angelegenheit bei ihnen einzufinden. Angeklagter fand sich darauf in dem Henschke'schen Geschäftslökle ein und gestand, daß er den Namen der Nobaszewski fälschlich auf den Wechsel gesetzt habe. Henschke's erstatteten darauf der Staatsanwaltschaft von der Fälschung Anzeige und beantragten die Verstrafung des Angeklagten. Als Angeklagter dieserhalb zur Verantwortung gezogen wurde, widersetzte er sein den Gebrüder Henschke gegenüber abgegebenes Geständnis und behauptete, daß nicht er, sondern seine Ehefrau den Namen seiner Schwester auf den Wechsel gesetzt habe, daß dies aber mit Wissen und Genehmigung seiner Schwester geschehen sei. Da diese Angaben von seiner Schwester und seiner Ehefrau bestätigt wurden, so wurde das Strafverfahren gegen den Angeklagten eingestellt. Die Gebrüder Henschke gingen nun im Zivilprozeß gegen die Witwe Nobaszewski vor und verlangten von dieser Einlösung des Wechsels. Sie begründeten ihren Anspruch mit der Behauptung, daß die Nobaszewski für die Wechselshuld haften, weil ihr Name mit ihrem Wissen und ihrer Genehmigung auf den Wechsel gesetzt worden sei. In dem Zivilprozeß stellte die Nobaszewski nun wieder andere Behauptungen über das Zustandekommen des Wechsels auf und bekräftigte insbesondere, daß sie ihre Genehmigung zur Unterschrift des Wechsels gegeben habe. Es wurde schließlich Beweis erhoben durch Vernehmung des Angeklagten und seiner Ehefrau als Zeugen. Ersterer bekundete nun eidlich, daß er nicht wisse, wer den Namen der Nobaszewski auf den Wechsel gesetzt habe; insbesondere sei ihm nicht erinnerlich, daß dies von seiner Ehefrau im Auftrage und mit Wissen der Nobaszewski geschehen sei. Seine Ehefrau hingegen bekundete, daß sie das Akzept der Nobaszewski gefälscht habe. Die Gebrüder Henschke zogen ihre Klage nunmehr zurück, denunzierten die Nobaszewski'schen Eheleute aber der Ucklundenfälschung. Dies Verfahren endigte mit der Verurtheilung des Ehemannes Nowakowski zu 9 Monaten Gefängnis und der Ehefrau Nowakowski zu 1 Monat Gefängnis. Geklärt hatte sich Nowakowski wegen seines vorhin erwähnten Bezeugnisses zu verantworten, das er wissenschaftlich falsch abgegeben haben soll, denn fälschlich soll ihm, als er beschwore, daß er nicht wisse, wer den Namen der Nobaszewski auf den Wechsel geschrieben habe, die von seiner Ehefrau bewirkte Fälschung der Wechselunterschrift bekannt gewesen sein. Angeklagter bekräftigte die Anklage und behauptete, daß er von der Fälschung des Wechsels erst nach seiner Vernehmung als Zeuge Kenntnis erhalten habe. Die Geschworenen müssen das Gegenthalt dieser Behauptung nicht für nachgewiesen gehalten haben, denn sie verneinten die Schuldfrage. Demgemäß erkannte der Gerichtshof die Freisprechung.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute die Verhandlung gegen den Kaufmann Louis Izig aus Culmsee, dessen Bruder, den Kaufmann Simon Izig daher und die Diretrice begeben hat, mit welchem sie schon früher in

Martha Schlosinski aus Thorn. Von ihnen sind Louis und Simon Izig der vorsätzliche Brandstifter, Martha Schlosinski der Begünstiger dieses Verbrechens angeklagt. Über die Verhandlung, zu welcher über 50 Zeugen geladen sind und die bis morgen Abend kaum beendet sein dürfte, berichten wir morgen.

Versuchter Selbstmord. Der Pionier Bielau vom 2. Pionier-Bataillon wurde am 5. d. M. früh im Bromberger Wäldchen mit zerstückten Pulsabern aufgefunden und nach dem Garnison-Lazareth überführt. Er hatte sich den Abend vorher mit einer Dirne umhergetrieben, welche ihn betrunkn machte und ihm dann die Uhr und 20 Mark stahl. Die Furcht vor Strafe wegen Urlaubsüberschreitung sowie der Verlust von Uhr und Geld veranlaßten E. zu dem Selbstmordversuch. Die Spitzbübin ist bereits ermittelt und festgekommen worden.

Temperatur um 8 Uhr Morgens: 0 Grad Kälte, Barometerstand 27 Zoll 7 Strich.

Wasserstand der Weichsel 0,57 Meter.

Mocker, 8. Februar. Heute Nachmittag fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Außer dem Gemeindesprecher waren 15 Gemeindevorordnete anwesend. Die Amtsperiode der Schöffen W. Brojus und Fr. Raaple läuft demnächst ab. Beide Herren wurden wiedergewählt. Die Gemeinderechnung pro 97/98 ist von den Herren Dreyer, Ennulat und Längner revidirt worden. Die Rechnung schließt in Einnahme mit 97 535,34 M., in Ausgabe mit 90 385,44 M. ab, so daß ein Bestand von 7149,90 Mark verbleibt. Dem Gemeindesprecher R. Diederichsen wird Entlastung ertheilt. Den Zuflug auf den alten feuerfesten Geldschrank, der durch Anfang eines neuen Geldschrankes entbehrlich geworden ist, erhält der Schöffe W. Brojus für sein Gebot von 90 Mark. Es wird beschlossen, die Gemeinde- und Amtsburäus nach dem vorliegenden Kostenanschlage mit elektrischer Beleuchtung versehen zu lassen. Die Beleuchtungskörper sind von einer Kommission ausgewählt worden. Ihre Preise wurden mehrfach als recht hohe bezeichnet. Von der beabsichtigten elektrischen Beleuchtung des Krankenhauses soll zunächst Abstand genommen werden, um vorerst Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sich diese Beleuchtungsweise in den Buräus bewähren wird. Von einer allgemeinen Verfügung des Königlichen Landrats v. Schwerin, betreffend Errichtung eines Bismarck-Denkmales in Thorn wird Kenntnis genommen und beschlossen, durch Lieferung eines oder mehrerer Findlinge die Denkmalsache zu fördern. Schließlich wird über eine von Sichtau und zahlreichen Genossen eingebrachte Petition verhandelt, die eine bestimmte Stellungnahme zu dem Auscheiden Thorns aus dem bisherigen Kreisverbande wünscht.

Brzoza, 8. Februar. Wir erhalten folgende Zuschrift: „In dem Berichte über Granulose in Nr. 32 Ihrer Zeitung sind die Angaben betr. Landbesitz, Nationalität und Konfession der Bewohner des Schulverbandes Brzoza ganz falsch und geeignet, zu Trugschlüssen über die Ursache des Auftretens oder Nichtauftretens der Krankheit zu verleiten. — Das Schullokal ist tatsächlich baufällig; jedoch wird das rund 49 Quadratmeter Grundfläche haltende Klassenzimmer von nur 32 Schülern besucht; es ist also reichlich Raum und demgemäß nicht zu schlechte Luft vorhanden. Andere wahrscheinliche Ursachen des Nichtauftretens der Granulose will ich nicht erwähnen. — Zur Richtigstellung der Notiz in Nr. 32 seien folgende statistische Angaben gestattet: Es wohnen im Schulbezirk 28 deutsch-evangel., 20 polnisch-lathol., 1 deutsch-lath. Familien. Dieselben schicken z. B. 22 deutsch-evangel., 7 polnisch-lath., 1 deutsch-lath., 2 zweisprachig-evangel. Kinder zur Schule. Von den 49 Familien sind 22 ohne jeden Landbesitz; diesen gehören 15, den Landbesitzern 17 Schüler zu.“

### Kleine Chronik.

\* Als Beispiel für Caprivi's Humor steht der „Hannov. Cour.“ folgende Anrede mit: Als Generalmajor v. Caprivi Brigadecommandeur in Berlin war, verkehrte er, der Junggeselle, viel im Hause eines seiner Regimentskommandeure, des Grafen R. Eines Abends spät gingen Generalmajor v. Caprivi und Oberst Graf R. durch die Wilhelmstraße beim Reichstag's palais vorbei, hinter dessen Fenstern noch viele Lichter brannten, dadurch anzeigen, daß Fürst Bismarck noch an der Arbeit sei. Die beiden Herren sprachen über die schwere und verantwortungsvolle Thätigkeit des Reichskanzlers, und dabei warf Herr v. Caprivi lächelnd und zu den Bismarck'sen Fenstern hin: „Der muß ein dummer Kerl sein, der mal dessen Nachfolgerschaft übernimmt!“ Noch nicht zehn Jahre waren vergangen, da war General v. Caprivi Reichskanzler geworden. Graf und Gräfin R. gratulierten ihm und erhielten nach wenigen Tagen eine Visitenkarte, auf die der General Reichskanzler nebst einem flüchtigen Dank die Worte geschrieben hatte: „Nun weiß ich, wer der dumme Kerl ist!“

\* Dem Dichter Wilhelm Jordan wurde am Mittwoch anlässlich seines 80. Geburtstages der Rothe Adlerorden dritter Klasse verliehen. Dem Dichter wurde eine Ehrenagabe von 40 000 M. überreicht, welche ihn in die Lage versetzen wird, eine Schülerausgabe seiner „Nibelungen“ herauszugeben.

\* Neben das Vermögen des Bankgeschäfts S. Elias in Berlin, dessen Inhaber Sally Elias wegen betrügerischen Bankrotts flüchtig ist, wurde der Konkurs eröffnet. Die Uterschlagungen dürfen von beträchtlicher Höhe sein. Einer der Gläubiger hat den Verlust eines Depots von 80 000 M. zu beklagen.

\* Die 38jährige Gattin eines mehrfachen Millionärs und Rittergutsbesitzers v. M. in Berlin ist mit 150 000 M. nach New York geflohen, wo sie sich zu dem dort weilenden früheren Rechtsanwalt Fritz Friedmann begeben hat, mit welchem sie schon früher in

ihren Beziehungen und seitdem in ständigem Briefwechsel gestanden. Sie ist bereits in New York angekommen, wie sie in einem Telegramm an ihren Mann mitgetheilt hat.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Februar. (Tel.) Zu dem gestrigen Subskriptionsball im Opernhaus war der Hof wegen der Trauer um den Großherzog von Sachsen-Coburg-Gotha nicht erschienen. Gotha, 8. Februar. Die Beisetzung des Erbprinzen von Coburg und Gotha findet am Freitag früh 10½ Uhr statt. Der Herzog trifft morgen Abend 6½ Uhr hier ein. Es findet nur eine stillle Feier im engeren Kreise statt, daher sind die Deputationen von außerhalb des Landes abgewiesen worden.

Meran, 8. Februar. Heute Nachmittag um 4½ Uhr wurde die Leiche des Erbprinzen von Sachsen-Coburg und Gotha in Martinsbrunn eingefeiert und darauf nach dem Bahnhof übergeführt. Die Ueberführung geschah auf Befehl des Kaisers Franz Josef unter militärischem Ehrengeleit.

Eger, 9. Februar. (Tel.) Die Bezirkshauptmannschaft hat die Errichtung eines Bismarckdenkmals hier selbst verboten.

Paris, 9. Februar. (Tel.) Wie gestern in den Wandergängen der Kammer verlautete, habe die Strafanmerk des Kassationshofes die völlige Freisprechung Dreyfus' ohne Verweisung an ein anderes Kriegsgericht beschlossen.

Madrid, 8. Februar. Die Königin-Regentin hat die Dekrete unterzeichnet, durch welche die Kortes zum 20. d. M. einberufen und die verfassungsmäßigen Garantien wieder hergestellt werden.

Algier, 9. Februar. (Tel.) Eine Meldung des „Gaulois“, daß es hier zu Skandalen gekommen sei, weil die Offiziere der deutschen Kriegsschiffe „Stosch“ und „Charlotte“ in Uniform spazieren gegangen seien, wird dementirt.

10. Februar. Sonnen-Aufgang 7 Uhr 28 Minuten. Sonnen-Untergang 5 " 2 " Mond-Aufgang 7 " 8 " Mond-Untergang 5 " 35 " Tagelänge 9 Stund. 34 Minuten. Nachtlänge 14 Stund. 26 Minuten.

Verantwortlicher Redakteur:  
Friedrich Kretschmer in Thorn.

### Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen - Depesche

Berlin, 9. Februar Börsen: schwächer.	8. Febr.
Russische Banknoten	216,40
Warschau 8 Tage	fehlt
Destier. Bantnoten	169,50
Breis. Konso 3 pt.	93,10
Breis. Konso 3½ pt.	101,50
Breis. Konso 3½ pt. abg.	101,50
Deutsche Reichsanl. 3 pt.	93,10
Deutsche Reichsanl. 3½ pt.	101,90
Weißr. Pfdsbf. 3 pt. neul. II do 3½ pt. pt. do.	90,70

## Macht der Schönheit.

Im letzten Pariser Salon, der bekannten Kunstausstellung, welche "tout Paris" jedes Jahr seine Pforten öffnet, erregte das Portrait einer jungen Dame aus den allerbesten Gesellschaftskreisen bei Publikum und Kritik das größte Aufsehen. Der Kopf, im Genre der modernsten Richtung gehalten, war von unsagbarem Liebreiz und übte förmlich einen Zauber auf den Besucher aus, sodass der Platz vor dem Bilbe von Bewunderern nicht leer wurde. Und doch war das Gesicht durchaus nicht von regelmäßiger Schönheit; den Meisten drängte sich vielmehr unwillkürlich die Frage auf, welcher

Zug des Gesichtes eine solche Anziehungskraft ausübte. Dem Kunstkritiker des "Figaro", welcher in seinen Besprechungen diesem Portrait einen besonderen Artikel widmete, blieb es vorbehalten, das Publikum auf die richtige Fährte zu lenken. Er wies darauf hin, dass der halb grässliche Mund mit den blendend weißen Zähnen dem ganzen sonst durchaus nicht schönen Gesicht den eigenartigen Zauber verlieh, der Scharen von Besuchern täglich stundenlang vor dem Bilbe fesselte.

Dieses Urtheil, das einstimmige Anerkennung fand, ist ein neuer Beweis dafür, dass tadellose Zähne die Hauptbedingung weiblicher Schönheit sind. Es ist daher sehr begreiflich, dass von allen Frauen, denen ihr Aussehen nicht gleichgültig ist,

der größte Werth auf die Erhaltung dieses kostbaren Schatzes gelegt wird. Leider aber verstehen die wenigsten den rationalen Weg einzuschlagen, auf dem sie es mit Sicherheit erreichen, ihre Zähne schön und gesund zu erhalten, und dieser besteht darin, alle schädlichen Einflüsse, welchen die Zähne ausgesetzt sind, von ihnen fern zu halten. Bisher lag die Schwierigkeit daran, dass man kein Mittel kannte, welches alle die Zähne schädigenden Einflüsse verhinderte, ohne dabei in irgend einer anderen Beziehung ungünstig einzutreten. Diese Frage ist nun mehr endgültig gelöst durch die Erfindung des Kosmin-Mundwasser, welches als eine epochemachende Neuheit auf diesem so wichtigen Gebiete angesehen werden muss, weil seine desinfizierende

Kraft bisher noch nicht Dagewesenes leistet. Man muss bedenken, dass nach jeder Mahlzeit sowohl in der Mundhöhle als auch zwischen den Zahnlücken, sich Speisereste festsetzen, die schon nach kurzer Zeit einen Faulnissherd bilden. Es ist klar, dass dadurch die Zähne im höchsten Grade geschädigt und schließlich hohl werden. Kosmin-Mundwasser dringt bis in die kleinsten Zahnlücken und vernichtet dort alle Krankheitskleime. Dass dieses unvergleichlich wirksame und durch seinen erfrischenden Geschmack angenehme Präparat bereits für jeden, der Werth auf gesunde und schöne Zähne legt, unentbehrlich geworden ist, beweist die stetig steigende Nachfrage.

## Bekanntmachung.

Der Termin zur Vergebung der Ufer- und Pfahlgelberhebung wird

Montag, den 13. Februar d. J.

Mittags 12 $\frac{1}{4}$  Uhr

in dem Amtszimmer des Herrn Stadtämterers (Rathaus 1 Treppe) abgehalten werden.

Thorn, den 9. Februar 1899.

Der Magistrat.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Bielsk, Kreis Briesen, Band II — Blatt 8 — auf den Namen der Albert und Agnes geb. Nalenz-Schönfeldtschen Eheleute eingetragene, in der Gemeinde Bielsk, an der Grenze mit Bachorze belegene Grundstück (a. Wohnhaus mit Pferdestall, Hofraum und Hausgarten, b. Vieh- und Schweinstall, c. Scheune)

am 29. März 1899,

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 7 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 86,35 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 24,88,20 Hektar zur Grundsteuer, mit 150 Mk. Nutzungswert zu Gebäudesteuer veranlagt.

Thorn, den 12. November 1898.

## Königliches Amtsgericht.

### Bekanntmachung.

Sonnabend, d. 11. d. Mts.

Vormittags 10 Uhr,

werde ich bei den Verkündern Johannes und Eveline Wusagh'schen Eheleuten in Mocker, Bergstraße 58

1 Sopha mit Plüschezug, 1 nussbaum Sophatisch, ein Spiegel 4 Wiener Stühle, 1 Kommode, 1 nussb. Kleiderspind, 1 Regulator u. a. m. öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Hehse, Gerichtsvollzieher.

— 40 d. 20000 M.

— auch getheilt — zu vergeben. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine gutgehende Schankwirthschaft, in der Bromberger Vorstadt gelegen, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres durch Kaufmann Less, Thorn III.

1. Etage, bestehend aus 7 Zimmern und Zubehör ist vom 1. April zu vermieten.

E. Szyminski, Windstraße 1.

Standesamt Mocker.

Vom 2. bis 9. Februar sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Sohn dem Eigentümer Franz Hoffmann. 2. Sohn dem Eigentümer Adolf Wiese. 3. Sohn dem Depotarbeiter Albert Biegernhorn. 4. Sohn dem Arbeiter Anton Rogozinski. 5. Sohn dem Lehrer Paul Wollschläger. 6. und 7. Zwillinge (Söhne) dem Arbeiter Adolf Günther-Schönwalde. 8. Tochter dem Arbeiter August Dicker-Rubinkowski. 9. Tochter dem Arbeiter Rochus Pitschki. 10. Tochter dem Arbeiter Joseph Jaruszewski. 11. und 12. Zwillinge (Töchter) dem Arbeiter Marcel Wisniewski. 13. Tochter dem Tischler Wladislaus Gupigli. 14. Tochter dem Mechaniker Ernst Toote.

b. als gestorben:

1. Musketier Heinrich Höns, 20 Jahre, Fort Scharnhorst. 2. Adam Hoffmann, 5 Minuten. 3. Martha Stellmann, 2½ Jahre. 4. Gustav Telle, 45 Jahre. 5. Gustav Wiese, 20 Stunden. 6. Besitzer Nikodemus Mejza, 52 Jahre. 7. Maria Wisniewski, ½ Stunde. 8. Johann Obodzinski, 7 Mon. 9. Erna Garbarth, 5 Monate. 10. Günther, ohne Vornamen, 4 Stunden, Schönwalde.

c. zum ehelichen Aufgebot:

1. Militär-Invalide Hermann Müller und Therese Rosenthal, beide Neu-Weißhos. 2. Feilenhauer August Kurmann und Wilhelmine Deutschmann. 3. Befür. Alexander Dopscha-Borck und Ottile Leichtz.

d. ehelich sind verbunden:

1. Arbeiter Leon Zittau und Marianna Chranowska, beide Schönwalde.

## Bekanntmachung.

Die Lieferung der für das Etatsjahr 1899 zu dem Betriebe der Königlichen Saline Inowrazlaw erforderlichen Eisenmaterialien (Bleche und Walzeisen),

kleinen Eisen-Materialien

(Nägel, Schrauben pp.),

Holzmaterialien,

Chamottesteine

soll am Freitag, den 3. März d. J. Vormittags 9 Uhr im Amtskloster des unterzeichneten Salzamtes vergeben werden. Versiegelter Angebote mit der Aufschrift

"Materialienlieferung" werden bis zur Terminsstunde entgegen genommen.

Die besonderen Lieferungsbedingungen mit Verzeichnissen der einzelnen Materialien können in der Salzamt-Registratur während der Dienststunden eingesehen oder gegen Erstattung von je 60 Pf. Schreibgebühren in Abschrift bezogen werden.

Inowrazlaw, d. 4. Februar 1899.

Königliches Salzamt.

## Tüchtige Reissende

werden für ein bedeutendes Dürgermittel-Geschäft bei hoher Provision gesucht. Bewerbungen erbeten unter T. V. 542 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Krankenkasse Hülfe

für ganz Deutschland, unter Staats-Oberaufsicht, sucht unter sehr günstigen Bedingungen für Thorn tüchtige General-Berretreter.

Offerten zu richten an die zuständige Subdirektion III, Berlin, Brunnstr. 32.

## Führleute

am Bauholzfahren können sich melden bei A. Ferrari, Thorn

Zum 1. April d. J. suche ich für meine Buchhandlung einen

## Lehrling

mit den nötigen Schulkenntnissen.

E. F. Schwartz.

## Gassirerin,

welche auch gleichzeitig Buchführung gründl. versteht.

Nur solche Bewerberinnen, welche im Besitz von Prima Referenzen sind und solche Stellung bereits bekleidet haben, wollen sich melden im

Leinenhaus

M. Chlebowski,  
Thorn.

Eine tüchtige

Verkäuferin, der polnischen Sprache mächtig, sowie

Lehrmädchen

für das Puzzach können sich melden, unter Leitung einer sehr tüchtigen Directrice.

Ludwig Leiser,

Breitestr. 41.

Für sofort jede eine erste

Taiellen-Arbeiterin,

welche selbstständig garnieren kann. Bei guter Leist. höchste Zahlung zugesichert.

J. Strohmenger

geb. Afeltowska,

Gertenstr. 16, I.

## Lehrmädchen

verlangt Kaufhaus M. S. Leiser.

Wittwe bittet um Arbeit im Nähere.

Dieselbe fertigt auch Kinderkleider.

Bachestrasse 12, III.

Möbli. Zimmer mit und ohne Pension

zu vermieten Grabestrasse 16.

der größte Werth auf die Erhaltung dieses kostbaren Schatzes gelegt wird. Leider aber verstehen die wenigsten den rationalen Weg einzuschlagen, auf dem sie es mit Sicherheit erreichen, ihre Zähne schön und gesund zu erhalten, und dieser besteht darin, alle schädlichen Einflüsse, welchen die Zähne ausgesetzt sind, von ihnen fern zu halten. Bisher lag die Schwierigkeit daran, dass man kein Mittel kannte, welches alle die Zähne schädigenden Einflüsse verhinderte, ohne dabei in irgend einer anderen Beziehung ungünstig einzutreten. Diese Frage ist nun mehr endgültig gelöst durch die Erfindung des Kosmin-Mundwasser, welches als eine epochemachende Neuheit auf diesem so wichtigen Gebiete angesehen werden muss, weil seine desinfizierende

Kraft bisher noch nicht Dagewesenes leistet. Man muss bedenken, dass nach jeder Mahlzeit sowohl in der Mundhöhle als auch zwischen den Zahnlücken, sich Speisereste festsetzen, die schon nach kurzer Zeit einen Faulnissherd bilden. Es ist klar, dass dadurch die Zähne im höchsten Grade geschädigt und schließlich hohl werden. Kosmin-Mundwasser dringt bis in die kleinsten Zahnlücken und vernichtet dort alle Krankheitskleime. Dass dieses unvergleichlich wirksame und durch seinen erfrischenden Geschmack angenehme Präparat bereits für jeden, der Werth auf gesunde und schöne Zähne legt, unentbehrlich geworden ist, beweist die stetig steigende Nachfrage.

Thorn, grosser Saal, Artushof.

Mittwoch, den 15. Februar 1899,

Abends 8 Uhr:

## Humoristischer Fritz Reuter - Abend

von August Junckermann.

k. Hofschauspieler.

mit neuem Programm.

Eintrittskarten für Sitzplätze 1,25 Mk., Schülerinnen u. Schüler 75 Pf., Stehplatz 75 Pf., sind in der Buchhandlung des Herrn Walter Lambeck zu haben. Preise an der Saalkasse 1,50 u. 1 Mk. (Ausführl. Programme an der Saalkasse.)

Ein junger Mann wünscht Unterricht zu nehmen in der englischen Sprache. Engländer oder Engländer vorgezogen. Gest. Offerten u. X. 20 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

## Bockbierkappen

Dutzend 40 Pf.

Justus Wallis.

Für Gastwirthe.

## Glacé-Handschuh

in feinem, hältbarem Leder empfohlen Handschuhfabrikant C. Rausch, Schulstr. 19, Culmerstr. 7. Handschuhwäscherei.

Harzer

Canarienvögel, liebliche Sänger, empfohlen G. Grundmann, Breitestr. 37.

## 1 Treppe

ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Entree, Küche u. Zubehör vom 1. April zu vermieten.

Jakobstrasse 9.

## Eine Wohnung

zu vermieten C. Schütze, Strobandstrasse 15.

Ein möbl. Zimmer und Kabinet, mit auch ohne Burschengelass, zu vermieten Neustädter Markt Nr. 12.

Zum 1. Juli er. wird eine Remise zu pachten gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

## Weiss-u. Rothwein

aus erster Hand!

93r., 94r., 95r., mehrfach preisgekrönt. Liter 40 Pf., 60 Pf., 80 Pf. ab hier verdeckt von 10 Litern an

Hugo Probst, Crossen, Oder. Weinbergbesitzer u. Weinkelerei.

## Perschwunden

ist seit dem 6. d. M. der 13 Jahre alte Schulknabe Alfred Kern. Bekleidet war derselbe mit einer blau-weißen Kloßmütze, braunem Jacke, dunkler Kniehose, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen. Größe: mittlere Statur. Es wird gebeten, nach dem Verbleib des Knaben zu forschen und der Polizeibehörde hier selbst Nachricht zu geben.

Bin von meinen Eltern grob und brutal behandelt worden, infolge dessen bin ich in Stellung gegangen und keineswegs ohne deren Wissen und Willen.

Ida Gramse.

1 braungetigter Jagdhund seit mehreren Tagen entlaufen.

Robert Hellwig, Seglerstr. 6.

## Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 10. Febr. 1899:

&lt;p